

Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Hans Ulrich Gräni-cher, SVP): Fertig Luxusbauen! Bedürfnisse der Benutzer und Steuerzahler vermehrt berücksichtigen!

Die Stadt Zürich will die Baukosten für städtische Gebäude um 10 Prozent senken und 80 Millionen Franken sparen. Es sei auf den entsprechenden Artikel des Tagesanzeigers verwiesen, der hier nachfolgend auszugsweise gekürzt und verändert wiedergegeben wird¹.

Städtische Schulhäuser, Alterszentren und dergleichen sollen in Zürich künftig nur noch in entschlackter Form realisiert werden. Die rot regierte Stadt Zürich will damit die Baukosten um rund 10 Prozent senken. Auch sind bei der Planung unterhaltsfreundliche Konzepte gebührend zu berücksichtigen. Angestossen wurde das Projekt „Kostenklarheit“ gemäss Tagi bereits 2010. Seit 2013 sollen bei geplanten Neubauten offenbar rund 17 Millionen Franken eingespart werden. Weitere 80 Millionen sollen es bis 2030 sein.

Die Postulanten weisen insbesondere auf folgende Punkte hin:

Kleinere Büros

In der Stadt Zürich soll sich die Kostenfrage nicht beim Bauen, sondern vorher entscheiden. Die wichtigsten Weichen werden auch nach Auffassung der Postulanten in den Phasen der Bedarfsabklärung und der Bestellung gestellt. Alle städtischen Angestellten, welche in Auftrags-, Planungs- und Bauphasen mitwirken, müssen deshalb in Zürich eine entsprechende Schulung durchlaufen. Der „grösste Kostentreiber“ ist die zu verbauende Fläche. Neubauten, wie Alters- und Pflegezentren oder Schulhäuser, aber auch städtische Büros sollen in Zürich mit weniger Fläche auskommen.

Redimensionierung,

Verzicht, Reorganisation sind nach Auffassung der Postulanten auch in Bern angesagt. Vergleichsgrössen liefert ein Benchmark-System, das Kosten pro Bett, pro Arbeitsplatz und pro Klassenzimmer festhält. In Schulhäusern beispielsweise sollen Klassenzimmer kleiner, Gruppen- und Aufenthaltsräume zusammengelegt, gewisse Spezialzimmer weggelassen werden. Statt grosszügigen Foyers genügen bescheidenere Flächen, Mensen können z.B. kleiner konzipiert werden, wenn das Mittagessen im Schichtbetrieb ausgegeben wird.

Richtlinien beobachten

Die Labelgläubigkeit der Stadt gerade in Energiefragen (z.B. Minergie) wird von den Postulanten kritisiert. Auch ist hier dem Gesichtspunkt der Unterhaltsfreundlichkeit und die möglicherweise reduzierte Lebensdauer die gebührende Beachtung zu schenken.

Sanieren oder neu bauen?

Aber nicht nur geringere Baukosten sind wichtig: Ein hoher Stellenwert kommt insbesondere der Betrachtung des Lebenszyklus eines Gebäudes zu. Die Kosten, die über diese ganze Zeit anfallen, liegen nämlich viel höher als die Erstellungskosten, über welche die Stimmberechtigten abstimmen. Das Amt für Hochbauten in Zürich hat zu diesem Zweck ein Berechnungstool entwickelt, das in der ganzen Schweiz beachtet wird. Eingesetzt werde es vor allem bei strategischen Entscheidungen. Wenn es etwa darum geht, ein in die Jahre gekommenes Pflegeheim zu sanieren oder abzureissen und neu zu bauen.

Der Gemeinderat wird deshalb höflich aufgefordert, die folgenden Massnahmen zu prüfen:

1. Der Gemeinderat habe ein Konzept auszuarbeiten, wie er die Kosten für das Erstellen der Stadtbauten analog dem vorstehend erwähnten Zürcher Modell reduzieren kann.

¹ Vgl. zum Ganzen: <http://mobile2.tagesanzeiger.ch/articles/21705603>

2. Der Gemeinderat habe zu untersuchen, wie sich die Energiekosten-Labelgläubigkeit auf die Baukosten auswirkt; auch sind vertiefte Untersuchungen zu machen, welche Auswirkungen die angestrebten Energielabels auf die Lebensdauer sowie die Höhe der Unterhaltskosten haben;
3. Der Gemeinderat habe ein Konzept auszuarbeiten, wie er sicherstellen kann, dass bei Wettbewerben vermehrt den Bedürfnissen der Besteller Rechnung getragen werden kann, (z.B. Auswahl der Jury; Setzen der richtigen Prioritäten).

Bern, 15. Oktober 2015

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Hans Ulrich Gränicher

Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Roland Jakob, Henri-Charles Beuchat, Ueli Jaisli, Roger Mischler, Rudolf Friedli, Daniel Imthurn, Patrick Zillig, Claudio Fischer, Michael Daphinoff, Kurt Hirsbrunner, Hans Kupferschmid, Philip Kohli, Andrin Soppelsa

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 6. April 2016

Der Gemeinderat